

A N F R A G E von Konrad Langhart (SVP, Oberstammheim), Martin Zuber (SVP, Waltalingen) und Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen)

betreffend Leistungsabbau der SBB Cargo auf Kosten von Bevölkerung und Landwirtschaft

Die SBB Cargo plant wieder einmal einen Leistungsabbau in ländlichen Gebieten. In den letzten Jahren wurden bereits viele kleinere SBB-Cargo Bedienpunkte stillgelegt, jetzt soll dieser Abbau weitergehen. Es werden laufend Standorte gestrichen, und dann wundert man sich, wenn die Umsätze zurückgehen.

Mittlerweile sind auch Getreidesammelstellen akut bedroht. Im Kanton Zürich werden beispielsweise jedes Jahr mit der Bahn über 200'000 t Getreide in die swissmill nach Zürich transportiert. Wenn jetzt die Abgangsbahnhöfe bei den Getreidesammelstellen gestrichen werden, müssten diese Transporte auf die Strasse verlagert werden. Das bedeutet in diesem Fall allein zusätzlich rund 10'000 Lastwagenfahrten pro Jahr (40 pro Tag) mitten in die Stadt Zürich.

Aber auch einige Gemeinden auf der Landschaft sind direkt betroffen. Bei der Getreidesammelstelle Thalheim mit rund 20'000 Tonnen kämen wir beispielsweise auf rund 1'000 zusätzliche Lastwagen, welche praktisch alle durch die engen Durchfahrten von Eschlikon, Welsikon und Seuzach von und zur überlasteten Autobahn fahren müssten.

Neben den ökologischen und verkehrstechnischen Aspekten sprechen aber vor allem auch wirtschaftliche Gründe gegen die unverständlichen Abbaupläne der SBB. Viele der Getreidesammelstellen, die für die Zürcher Landwirtschaft und die Ernährungsversorgung aus der Region von zentraler Bedeutung sind, haben viel Geld in die Bahnverladeinfrastruktur investiert. Diese Investitionen würden bei einer Stationsstilllegung auf einen Schlag wertlos.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die umfangreichen Getreidetransporte von den Lagern zur swissmill und anderen Mühlen möglichst auf der Schiene zu bewältigen sind?
2. Ist er ebenfalls der Meinung, dass die Planungs- und Investitionssicherheit von privaten Unternehmen ein hohes Gut ist und nicht durch kurzfristige Unternehmensentscheide von Staatsbetrieben in Frage gestellt werden darf?
3. Was unternimmt der Regierungsrat, damit die Sanierung der letztendlich auch durch Steuern finanzierten SBB-Cargo nicht einfach auf Kosten der betroffenen Bevölkerung, der bereits überlasteten Strasseninfrastruktur und der Landwirtschaft erfolgt?
4. Wird der Regierungsrat bei den Bundesbahnen unmissverständlich den Erhalt der benötigten Bedienpunkte einfordern?

Konrad Langhart
Martin Zuber
Martin Hübscher